

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

59. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einschl. Postbestellgebühren. Nur Postbezug. Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 11. August 1921

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf. die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamenzeygen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 92

Der Industrieverband

Schon in den neunziger Jahren erhielt im graphischen Gewerbe der Ruf nach dem „Graphischen Industrieverband“. Jedoch ist man sich über den Begriff und damit über die Struktur eines derartigen Verbandes nie recht klar gewesen. Im allgemeinen wünschte man den Zusammenfluß der vier graphischen Verbände, bedachte aber nicht, daß hierdurch nicht der „Graphische Industrie“, sondern der „Graphische Berufsverband“ geschaffen werden würde. Infolge dieser Unklarheit ist in der Kollegenschaft die Ansicht heutzutage weitverbreitet, daß der „Nichtungs“-kampf doch eigentlich nicht notwendig wäre, wenn alle Kreise daselbe wollten. Demzufolge wird jede „Richtung“ von der andern mißtraulich betrachtet und den Schaden hat die Arbeiterklasse. Die hohe Bedeutung, die der Schaffung von Industrieverbänden innewohnt, veranlaßt mich, den Begriff „Industrieverband“ etwas näher zu umschreiben, damit endlich das allgemeine Rätselraten über diesen Gegenstand aufhört und eine einheitliche Auffassung zutage tritt.

Unter dem Begriffe „Industrieverband“ kann man nur verstehen, daß sich sämtliche Arbeiter einer Industrie verbinden, in unserem Fall also der graphischen. Die graphische Industrie wird verhörrt durch die graphischen Betriebe, oder umgekehrt: der Betrieb ist die kleinste Zelle der Industrie. Demzufolge bildet die Betriebsbelegschaft die kleinste Zelle des Industrieverbandes; sie bildet eine Einheit. In der Praxis würde das also so aussehen, daß am Lohnabrechnungstag an nur einen Betriebsbelegten der Verbandbeitrag bezahlt wird, anstatt wie heute, an sechs. Die Pyrale vom Zusammenfluß der Hand- und Kopfschreiber Würde Würdlichkeit. Die „schlagenden Gegenargumente“: Ein Betrieb beschließt heute Generalstreik, der andre morgen Sabotage usw. — werden dadurch entkräftet, daß man die Betriebsbelegschaften zentral über das ganze Reich zusammenzieht — wie sollte wohl sonst der Verband entkräftet werden? Der Zusammenfluß geschieht dadurch, daß man die die Betriebsbelegschaften verhörrnden Betriebsräte industriegruppenweise zusammenfaßt. Die einzelnen Industriegruppen werden durch den Grupperrat verkörpert. Die Gruppenräte der verschiedenen Industrien eines Wirtschaftsbezirks bilden den Bezirkswirtschaftsrat; letztere finden nun ihre zentrale Spitze im Reichswirtschaftsrat, welcher sich wiederum aus Reichsgruppenräten der einzelnen Industrien zusammensetzt. Eine andre Struktur der Industrieverbände ist nicht denkbar; praktische Vorarbeit wird durch die Bildung von Bezirkswirtschaftsräten seitens der Gewerkschaften schon jetzt geleistet. Bedenkt man nun, daß z. B. bei Angestellten, Seizern usw. häufig mit dem Stellenwechsel auch die Industrie gewechselt wird, so liegt klar auf der Hand, daß sich diese Umwandlung von Berufs- in Industrieverbände auf sämtliche Gewerkschaften beziehen muß. Am beim Stellen- bzw. Industriewechsel nicht irgendwelcher Rechte verlustig zu gehen, erheben alle Verbände gleichhohe Beiträge; für weibliche Arbeiter kann man den Satz erniedrigen. Die Gelder laufen nun vom Betrieb über die Gruppen- und Bezirkswirtschaftsräte zum Reichswirtschaftsrat. Bei 5 Mk. Beitrag ergibt sich bei neun Millionen Gewerkschaftlern pro Woche (!) eine Summe von 35 bis 40 Mill. Mk., wenn man die Verwaltungskosten abrechnet. Was kostet ein Betriebsrat? Fast gar nichts! Und statt der 52 Berufs- entstehen 15 Industrieverbände. Die Verwaltungskosten vermindern sich, während wir heute erstens für die 52 Gewerkschaften und zweitens extra noch für die von den Gewerkschaften gebildeten 15 Industriegruppen, Zentral- und Bezirkswirtschaftsräte Geld aufzubringen haben. Amgerechnet aufs Jahr ergeben sich zwei Milliarden stets flüssiger Gelder, und das „Kapital“ kann man nur mit Kapital bekämpfen! Die hohe Bedeutung der Schaffung von Industrieverbänden liegt ferner darin, daß ein Betriebsobmann bzw. Betriebsrat sämtliche Angehörigen der arbeitenden Klasse vertritt, durch den eben geschilderten und von den Gewerkschaften schon vorbereiteten Rückbau endlich die Einheitsfront der Arbeiterklasse trotz der verschiedenen Richtungen gebildet wird. Die Schaffung von Industrieverbänden würde also ergeben: die verschiedenen Ortsvereine vorfinden durch die Industriegruppenräte, die Gewerkschaftskartelle durch die Bezirkswirtschaftsräte, die 52 Gewerkschaftsvorstände durch die Reichsgruppenräte, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund durch den Reichswirtschafts-

rat. Die Räte werden gewählt nach dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht für alle Lohn- und Gehaltsempfänger nach dem Grundsatz der Verhältniswahl. Es wird gleichzeitig der zur Sozialisierung notwendige Übernahmeparat geschaffen.

Gehen wir feigewerkschaftlich organisierten Arbeiter frisch heran ans Werk, damit die beruflich zerrissene, getrennt marschierende Arbeiterklasse einen festen Block bildet, und die noch abwärts Stehenden werden zu uns stoßen. Dann gelingt der große Wurf: Die Umstellung des Produktionsprozesses nach dem Grundsatz der Bedarfsdeckung.

Schaff! Industrieverbände!

Dresden. Konrad Brener.

Die Frage des Industrieverbandes ist ein zu ernstes Problem, um es mit der schematischen Durchführung vorstehender Vorschläge als gelöst betrachten zu können. So einfach, wie sich Kollege Br. die Sache vorstellt, ist sie denn doch nicht. Es kommen dabei sowohl faktische wie psychologische Möglichkeiten in Frage, deren Außerachtlassung zu schweren Fehlschlägen führen müßte, weil wir eben auch heute noch die Menschen nehmen müssen wie sie sind, und nicht wie sie sein sollen. Das gilt nicht nur für uns Buchdrucker, sondern für alle Arbeiter. Gewiß ist die Frage der Organisationsformen der Arbeiterklasse eine sehr wichtige, aber nicht die wichtigste schlechthin. Wohl heißt es im gewöhnlichen Leben „Kleider machen Leute“, aber dieser Schein trägt in 90 von 100 Fällen. Und je ausschließlicher wir uns an äußere Formen klammern, um in ihnen die endgültige Lösung der sozialen Frage zu erblicken, desto mehr tritt der eigentliche geistige wie materielle Inhalt dieser Formen zurück. Wir hätten daher zu dem durch vorstehenden Artikel aufgeworfenen Problem vom gewerkschaftlichen Standpunkte sehr viel zu sagen, und zwar, wohl gemerkt, ohne die Frage des Industrieverbandes zu pervertieren; wir könnten ihr im Gegenteil in mancher Hinsicht eine noch viel durchschlagendere Begründung geben. Aber wir fühlen uns verpflichtet, unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse, so wie sie gegenwärtig im wirtschaftlichen wie gewerkschaftlichen Leben an der „Tagesordnung“ sind, mit untrer diesbezüglichen Stellungnahme zur Frage der Industrieverbände noch zurückzubehalten. Wir sind überzeugt, daß der vorstehende, erfreulich kurze und doch inhaltsreiche Artikel zu diesem Thema im Leserkreise des „Korr.“ zu mancherlei Erwägungen und Äußerungen Anlaß geben wird. Dem wollen wir nicht vorgreifen, sondern einer vernünftigen Abwägung alles Für und Wider innerhalb der Kollegenschaft möglichst freie Bahn lassen; wobei wir noch darauf verweisen möchten, daß der Anfang nächsten Monats in Wien aufzunehmende internationale Buchdruckerkongreß das gleiche Thema auf seiner Tagesordnung stehen hat.

Die Redaktion.

Merkt's euch, Korrektoren!

„Der Korrektor ist der Schwierigkeit seiner Arbeit entsprechend zu entlohnen.“ Dieser Absatz 3 des § 69 des Tarifs gab den hartenorganisierten Korrektoren Veranlassung, auf eine bessere Bezahlung ihrer Tätigkeit zu dringen, als dies bisher der Fall war. Rund 1000 Kollegen gelangten dadurch in den Genuß einer Sonderzulage, während etwa 150 bisher noch leer ausgingen, weil die betreffenden Prinzipale mit allen möglichen Ausreden sich von der ansässigen Bezahlung ihres Korrektors zu drücken versuchten, oft mit den schäblichsten Begründungen, wie z. B. mit Berufung auf Absatz 1 des § 69, der da sagt: „Korrektoren, die ständig im Betriebe der Buchdruckerei beschäftigt sind, unterliegen den tariflichen Bestimmungen, insbesondere hinsichtlich Arbeitszeit und Entlohnung.“

Dieser Satz besagt aber weiter nichts, als daß auch für die Korrektoren die tarifliche Arbeitszeit gilt, und daß die Bezahlung dafür wöchentlich, nicht monatlich, zu erfolgen hat, eben weil auch der Korrektor ein Buchdrucker-gelbte ist und kein Druckerangestellter. Wo dennoch ein Angestelltenverhältnis mit dem Korrektor besteht, da kann es sich selbstverständlich nur um gehobene Stellen handeln, die ein Angestelltenverhältnis rechtfertigen und bessere als die Durchschnittsbezahlung gewährleisten. Das und nichts andres soll dieser erste Absatz ausdrücken.

Die gewährten Zulagen betragen im Durchschnitt etwa 18 Mk., im Höchstfalle 50 Mk. wöchentlich. Einige Teile der Tarifinstanzen sind bemerkenswert, so z. B. ein,

das dem Korrektor den höchsten den Maschinenlehren in der Druckerei gezahlten Lohn einstimmig zusprach, dann ein andres, das zu dem schon 14 Mk. über Minimum betragenden Lohne noch 15 Mk. zusprach (bes logar vom Tarifamt), ferner eins, das die früher bestandene Spanne zwischen Seher und Korrektor wiederherstellen wollte und wogegen die beklagte Firma Beschwere beim Tarifamt einlegte; dabei handelte es sich um den lächerlich geringen Betrag von 4,50 Mk. wöchentlich bei einer Weltfirma, die rund zwanzig Korrektoren beschäftigt und Sonderzulagen durch Vereinbarung in sehr mäßiger Höhe bezahlte.

Von vielen Prinzipalen wurde ebenso wie von Gehilfen bemängelt, daß im Tarif keine festen Sätze für den Korrektorlohn vorgegeben sind. Aber wie haben die Prinzipale im Ausschusse bei Schaffung des Tarifs dagegen gekämpft; alle Einwände der Gehilfen gälten nichts, weil „man die Korrektorenarbeit nicht überall und in jedem Falle gleich bewerten“ könne. Aber das wurde unumwunden anerkannt, daß dem Korrektor für die qualifiziertere Arbeit ein höherer Lohn zu gewähren sei, wie er früher ja ohne weiteres jedem qualifizierten Buchdrucker-gehilfen gezahlt wurde, und was leider mit den Kriegsjahren immer mehr abgemindert wurde, so daß die früher mit 5 Goldmark über Minimum Entlohnten heute nur 5 Papiermark (gleich 50 Pf. Goldwährung) erhalten!

In Österreich konnte man die Korrektorenlöhne tariflieren; sie stehen dort mit an der Spitze und sind höher als die der Maschinenlehren! Die Aufstellung in Nr. 84 des „Korr.“ befehrt uns näher darüber. Sollte das in Deutschland nicht auch gehen? Aber die Kürzlichkeit untrer Prinzipale ist in dieser Beziehung sehr groß; die wünschenswertesten Bestimmungen nur die Regel. Ebenso groß ist auch die Kürzlichkeit der Korrektoren, die wohl zum Teil mit in den Genuß von Sonderzulagen kamen, aber der Sparie bisher fernblieben oder ihr gar den Rücken kehrten, weil da ihre „besonderen Wünsche“ in tariflich-materieller oder politisch-ideeller Hinsicht nicht „entsprechend“ berücksichtigt wurden. Es ist z. B. nicht möglich, in Frankfurt a. M. und in Halle a. d. S. die Ortsgruppen wieder zusammenzubringen! Das ist klärräutig; denn jeder richtige Korrektor gehört der Sparie an, die andern sind entweder Stümper oder — Quertreiber!

Berlin.

Arthur Grams.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Berlin. (Außerordentliche Generalversammlung am 1. August.) In einem kurz zusammengefaßten Referat über die Gewerkschaftskonferenz und die Beschlüsse betreffend die Wirtschaftsbeihilfe berichtete Kollege Massini. Redner ließ alle bedeutsamen Momente Revue passieren, machte einen allgemeinen Rundblick über die gegenwärtige Konstellation im Wirtschaftsleben unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Sanktionen und kam zu dem Schlusse, daß die jetzt vorherrschende Situation eine unhaltbare sei. Das Drängen und Gähren innerhalb der Kollegenschaft infolge der wirtschaftlichen Misere müsse bei den Unternehmern mehr Verständnis finden, denn das fortgesetzte Freilassen und Handeln der Gehilfenvertreter um die Erfordernisse des Lebens in kurzen Intervallen sei in körperlicher und geistiger Beziehung eine Mißhandlung und verhindere das Eintreten erträglicherer Zustände. Das ganze Lohnverhältnis muß unter Einbeziehung bzw. Beteiligung der Wirtschaftsbeihilfen auf eine gesündere Grundlage gestellt werden, sonst kommen wir aus den überall aufflammenden Bewegungen nicht heraus. Die Kurve der Lebensbedingungen sei im Steigen begriffen und haben die getroffenen Abmachungen überholt, darum finden diese nirgends Befriedigung. Die Verhandlungen des Tarifausschusses im September werden ganz zweifellos einen bestimmten Überblick über die eingetretenen Preissteigerungen vorfinden; diesen muß dann aber auch mehr wie bisher Rechnung getragen werden. Bis dahin eruche er die Kollegen, sich zunächst zufrieden zu geben und die Abmachungen anzunehmen. Rapp führte aus, die Berliner Kollegenschaft könne den jetzigen besseren Vergleich nicht ablehnen, nachdem sie in der letzten Generalversammlung die schlechteren Abmachungen abgelehrt habe. Er für seine Person lehne jedoch die Vereinbarung als zu gering ab; allerdings lie er nicht für eine Zerplitterung der Kräfte durch örtliches Vorgehen.

Schreier sprach sich im ablehnenden Sinn aus und verlangte sofortiges Vorgehen, da ein weiteres Hinhalten unmöglich sei. Redner brachte eine dementsprechende Resolution ein. Leichterling bezeichnete die gesamte Situation als hochgradig gespannt, wieweil aus der wirtschaftlichen Verhältnisse der Siegerstaaten und bewegte sich in längeren Ausführungen im Rahmen der Darlegungen des Referenten. Er ermahnte infolge der ringsherum einsetzenden Lohnabbaubewegungen zunächst um Annahme der getroffenen Abmachungen und legte Gewicht auf die kommenden Verhandlungen im September. Redner brachte eine diesbezügliche Resolution ein. Engelmeier konnte sich mit dem Vordränger nicht einverstanden erklären. Wenn die Frau oder Familienangehörige nicht mitverdienen, dann sei es eine glatte Unmöglichkeit, mit seinem Lohn auszukommen. Nur der Kampf auf der ganzen Linie könne die Prinzipalfälle dazu zwingen, den Kollegen bessere Lebensbedingungen zu gewähren; auf dem Verhandlungswege würden wir das Nötige nicht erreichen. Redner übte scharfe Kritik am „Storr.“, der jeglichen Klassenstandpunkt vermissen lasse. Auch dieser Redner brachte eine gegen den „Storr.“ gerichtete Resolution ein und bewilligte dessen Annahme. Pöschmann erklärte sich gleichfalls gegen die Annahme der Abmachungen und wolle von dem auszuführenden Wechsel für die Zukunft nichts wissen. Der von Leichterling herangezogene Streik von 1891/92 sei nicht in Parallele zu stellen mit einer Bewegung in der jetzigen Situation. Als bedrohlichste Situation gegen Pöschmann mit seinen Streikabsichten. Wenn sich die Situation aufs „Wiegen oder Brechen“ einstelle, dann sei die Ruhe um so mehr notwendig; man könne nicht ohne weiteres in einen Streik hineinspringen. Er empfahl, alle Resolutionen abzulehnen und zu warten, was der September bringe. Kollege Selb, von einer Vorstandsaktion im VDBZ kommend, machte interessante Mitteilungen über die von der Verammlung berührten Fragen, da sich auch der VDBZ mit derselben Materie befaße. Es sei außerordentlich schwer, den sich aufblühenden Schwierigkeiten Herr zu werden; so viel Vertrauen müsse aber den Führern entgegengebracht werden, daß diese alles zu tun willens sind, um den Nöten der Zeit zu steuern. Noch setzte er auf die Verhandlungen im September so viel Hoffnung, daß es gelingen dürfte, einen einigermaßen befriedigenden Ausgang zu finden. Als Vorsitzender des Verbandes trage er die allergrößte Verantwortung; er habe das Wohl und Wehe der diesen Tausend untrer Mitglieder in Rechnung zu stellen. Auch er bitte, die kommenden Verhandlungen abzuwarten, den getroffenen Abmachungen zunächst zuzustimmen, wenn — wie er gern zugebe — diese auch ganz ungenügend seien, und sich einseitlich auf den Standpunkt des Kollegen Massini zu stellen. Bezüglich der Schreibweise des „Storr.“ sei zu betonen, daß es einfach unmöglich sei, 70—80000 Leser reiflos zu befehlen. Hier werden sich immer einander gegenüberliegende Auffassungen bemerkbar machen. Was der eine für gut und richtig empfinde, lege der andre als falsch an. Diese Schwierigkeiten müsse man beim Gesamturteil im Auge behalten. Im Schlüsselwort „nicht Kollege Massini“ und beleuchtete noch einmal kurz die Gesamtsituation. Er ersuchte, alle drei Resolutionen abzulehnen. (Kollege Leichterling zog seine Resolution zurück.) Sie seien unpopulär. Der „Storr.“ tue nur seine Pflicht und Schuttpflicht. Allen kann es nicht recht gemacht werden. Im übrigen empfehle er nochmals, den Abmachungen zuzustimmen. Die hierauf vorgenommenen Abstimmungen trugen den Darlegungen Massinis Rechnung; die Resolutionen wurden abgelehnt. Nach kurzen Mitteilungen Massinis über den Stand des Streiks in der Kontobuchbranche und hierzu gegebenen Richtlinien gelangte noch eine Resolution zur Annahme, die den VDBZ veranlassen soll, eine Aktion einzuleiten für die durch Mißerte und Hungersnot bedrohten russischen Arbeiter und Bauern.

Erurt. In einer am 5. August abgehaltenen allgemeinen Buchdruckerversammlung (die nicht nur von Verbandsmitgliedern, sondern auch von Gutenbergbündlern und Hilfsarbeitern zahlreich besucht war) erstattete die Kommission Bericht über ihre Bemühungen, mit den hiesigen Prinzipalen in Verhandlungen einzutreten betreffs der Lohnverbesserung von 50 Mk., unter Fortfall der Wirtschaftsbefehle. Zu Verhandlungen waren die Prinzipale nicht bereit. In einem Schreiben erklärten sie, daß sie auf dem Boden des Tarifs ständen und jede darüber hinausgehende Forderung ablehnen müßten. Ganz überflüssigerweise wurde in dem Schreiben noch darauf hingewiesen, daß der am 1. August neu eingeführte Steuerabzug der Arbeitnehmer wesentliche Erschwerungen bringe. (Diese Bemerkung hätten sich die Prinzipale lieber schenken sollen; denn es handelt sich doch nur um zwei Prozent Steuern, die jetzt wieder in Abzug gebracht werden, wozu aber die Prinzipale absolut nichts beitragen.) Dieses Antwortschreiben rief eine ganze Anzahl Redner auf den Plan, die in recht scharfer Weise die Verhältnisse brandmarkten und verlangten, sofort härtere Mittel zur Durchführung der Forderung anzuwenden. Andre Redner riefen von einem sofortigen Vorgehen ab, um die Kräfte nicht zu zerplittern; die Einheitsfront müsse auf jeden Fall gewahrt werden usw. Von zwei eingegangenen Resolutionen, über die geheim abgestimmt wurde, erhielt die nachstehende drei Fünftel der abgegebenen Stimmen: „Am 5. August 1921 tagende öffentliche Versammlung der Erurtler Buchdruckergehilfen nimmt mit Enttäuschung Kenntnis von dem unzulässigen Verhalten der hiesigen Buchdruckerbesitzer. Die Antwort der Prinzipale an die von der Gehilfenschaft gewählte Kommission kann nur als Sohn ausgefaßt werden und beweist nur, daß den Arbeitgebern jedes Verständnis für die Not ihrer Arbeitnehmer fehlt. Durch diese unhaltbaren Zustände ist

die Gehilfenschaft an der Grenze angelangt, an welcher jedes Interesse an ihrem Berufe verloren gehen muß. Wenn die Gehilfenschaft diesmal noch nicht von ihrem letzten Machtmittel Gebrauch macht, so nur in der bestimmten Erwartung, daß die Gehilfensvertreter nebst Zentralvorstand in der im September stattfindenden Tarifausdehnung mit allen Kräften versuchen, den gerechten Forderungen der Gehilfenschaft Geltung zu verschaffen. Sollten auch bei diesen Verhandlungen die Prinzipale auf ihrem unzulässigen Standpunkt beharren und wieder versuchen, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen, so erwartet die Gehilfenschaft, daß ihre Vertreter den unvermeidlichen Kampf sofort aufnehmen. Die gesamte Kollegenchaft wird geschlossen hinter ihren Führern stehen.“ Die andre Resolution, die ein härteres Vorgehen (also Streik) forderte, vereinigte zwei Fünftel der abgegebenen Stimmen.

str. Halle a. d. S. (Vierteljahrsbericht.) War am Schlusse des ersten Vierteljahrs die Arbeitslosenziffer ziemlich hoch, so änderte sich das Bild, als wieder ein kommunikatives Organ — die „Tribüne“ — erschienen konnte. So waren denn im zweiten Vierteljahre fast keine Arbeitslosen zu verzeichnen. Als bemerkenswert sei erwähnt: Am 14. Juni hielt Herr Dr. Barthel einen Vortrag über: „Tuberkulose, Meierkrankungen und deren Bekämpfung“. In seinen Ausführungen ging der Vortragende auch den Ursachen dieser gefährlichen Erkrankungen nach, die in unsern mangelhaften sozialen Verhältnissen begründet sind; er empfahl den Kollegen, für die Änderung und Verbesserung dieser schädlichen Zustände unausgesetzt bemüht zu sein. — In der Beschäftigung des hiesigen Botanischen Gartens beteiligten sich zahlreiche Kollegen mit ihren Angehörigen. — Aber „Neuzellische Druckverfahren“ unterrichtete uns am 19. Juli in einem sehr interessanten Vortrage Kollege C. Welsch (Leipzig). Er schilderte den Werdegang aller Drucktechniken von den Anfängen an, recht ausführlich aber die neuen Verfahren, besonders den Offsetdruck und die mit diesem in Verbindung stehenden Manipulationen. Eine reichhaltige Ausstellung neuzellischer Druckmaschinen in allen Techniken unterstützte die sachkundigen Ausführungen des Referenten wesentlich. Kollegen Welsch sei für seine unermühten Bemühungen bestens gedankt. Für die Dilsdorfer Kollegen wurden 500 Mk. bewilligt, dann wurden die Angehörigen eines Kollegen unterstützt, der mit der Zulassung in Konflikt kam. — In einer von etwa 200 Kollegen besuchten Versammlung am 30. Juni berichtete Kollege König über die haltgelundenen Tarifausdehnungsverhandlungen und den Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums vom 27. Juni. Wegen wenige Stimmen wurde der Beschluß gefaßt, den Verbandsvorstand zu ersuchen, den Schiedspruch abzulehnen und eventuell den Kampf aufzunehmen. — Die nächste Ortsvereinsversammlung am 19. Juli formulierte ihre Forderung dahin, daß 50 Mk. mehr Lohn wöchentlich das Mindeste ist, was bei der jetzt wieder eintretenden Teuerung als ein einigermaßen kümmerlicher Ausgleich anzusehen ist. Dieser Forderung wurde allseitig zugestimmt, nicht eine Hand erhob sich dagegen. Dem Kollegen König, der inzwischen zu den erneuten Verhandlungen abgereist war, wurde diese Entscheidung sofort nachgemeldet. Inzwischen war die Entscheidung gefallen. — Am 29. Juli referierte in einer allgemeinen Versammlung, die von annähernd 300 Kollegen besucht war, der Gehilfensvertreter über die Abmachungen vom 25. Juli und präsentierte den erweiterten Schiedspruch, der nun tarifliches Gelebe geworden ist, und empfahl dessen Annahme. Die Verammlung lehnte die Annahme wieder ab; sie forderte 50 Mk. wöchentliche Lohnverbesserung an Stelle der Wirtschaftsbefehle, also nicht 53 Mk. mehr auf die bisherigen Bezüge, wie die Forderung vom 19. Juli lautete. In dieser ermäßigten Forderung sollte unter allen Umständen festgehalten werden; sie muß doch wohl als ein beschöndertes Verlangen angesehen werden, das die Prinzipale zu erfüllen wohl in der Lage gewesen wären. Eine Kommission wurde bestellt, mit den Unternehmern in Verhandlungen zu treten. Die Abstimmung über diese Angelegenheit zeigte aber ein wesentlich anderes Bild, als die in den beiden vorhergehenden Versammlungen. Dort einstimmige Zustimmung, hier eine Mehrheit von nur 18 Stimmen (147 für, 129 gegen). Eine Anzahl meist älterer Kollegen, vorab auch einer der lautesten Rufer um Erhöhungen — nämlich der, der die ursprüngliche Mehrforderung beantragte, begründete und formulierte —, waren andern Sinnes geworden und begnügten sich durch ihre Abstimmung mit den unzureichenden Ergebnissen des Schiedspruchs. Diese Wandelbarkeit der Kollegen ist wahrlich kein erhebendes Moment, vielmehr ist bedrückend fast als die Tatsache, daß in der Versammlung vom 4. August — die den Bericht der Kommission entgegennahm — mehr als 100 Kollegen überhaupt nicht abstimmten. Nach so ausführlicher Aussprache hätte doch jeder Kollege wissen müssen, was er zu tun hat. Der Obmann der Kommission berichtete: Die Prinzipale lehnten eine mündliche Verhandlung als zwecklos ab; als Tarifkontrahenten erachteten sie die getroffenen Abmachungen für sich bindend (obwohl sie auch nicht aufreihen seien), sie setzten voraus, daß auch die Gehilfenschaft sich an die Abmachungen halten werde. Denselben Beiseid erhielten auch die Hilfsarbeiter, die am 2. August ein ähnliches Verlangen an die Unternehmer gestellt hatten. Ein andres Resultat war bei dem schwankenden Verhalten eines großen Teiles der Kollegenchaft auch kaum zu erwarten. Der Sprecher der Kommission erklärte, daß diese somit ihren Auftrag erfüllt habe und die Versammlung nummehr zu bestimmen habe, was weiter geschehen soll. In der nummehr folgenden Aussprache erklärte ein Vertreter des Gutenbergbundes namens dieser Organisation, daß sie sich strikt an das Abkommen halten werde. Ebenso stellte sich

die Mehrzahl der folgenden Redner auf diesen Standpunkt, während die selbstberigen Vertreter des örtlichen Vorgehens sich merkwürdig passiv verhielten. Ein Redner dieser Richtung wandte sich scharf gegen die absurde Auffassung, als ob sie den Kampf nur um des Kampfes willen wolle; die Absicht, für alle Kollegen bessere Verhältnisse zu schaffen, sei die Triebfeder ihres Handelns. Als der Vorsitzende zur Abstimmung schreiten wollte, erließen plötzlich der zweite Verbandsvorsitzende, Kollege Krauß (Berlin), auf dem Plane. Wie Kollege König bemerkte, war er gekommen, um sich über die Stimmung am hiesigen Orte zu unterrichten. Wir glauben das, Kollege Krauß rief nachher von einem örtlichen Vorgehen entschieden ab. In der Abstimmung gelangte mit 135 gegen 99 Stimmen (allerdings bei gut 100 Stimmenthaltungen) eine Entschließung zur Annahme, die den Sinn hatte, sich nummehr mit dem verbesserten Schiedspruch zu beschäftigen im Interesse der gewerkschaftlichen Disziplin.

Leipzig. Die Gaumitgliederversammlung am 29. Juli im „Bergidyll“ ist wohl zu einer der erregtesten zu zählen, die innerhalb der letzten Jahre stattgefunden haben. Sie wies einen ungemein starken Besuch auf. Kollege Stürz eröfnete und leitete die Versammlung. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung berichtete Kollege Hesselbarth über die Gauvorsitzerkonferenz. Ausgehend von der letzten Tagung des Tarifauschusses, würdigte er die schwere Arbeit der Gehilfensvertreter. Bei der Besprechung des Schiedspruchs des Reichsarbeitsministeriums vom 25. Juli hob der Referent hervor, daß, wenn auch der materielle Inhalt dieses Spruchs nicht der heuligen Wirtschaftslage entspreche, doch ein moralischer Erfolg damit erreicht worden sei. Die Lohnklasse A sowie die Neuausgelernten und die Verbringer seien nun endlich in den Genuß der Wirtschaftsbefehle einbezogen, wenn auch mit ganz bescheidenen Summen. Aber der Anfang sei doch gemacht und in späteren Abkommen könne man sie nicht mehr ausschalten. Nachdem Redner noch der letzten Leipziger Vorkommnisse Erwähnung getan und der Kollegenchaft die schweren Schäden einer lokalen Bewegung vor Augen geführt hatte, forderte er die Anwesenden zur Annahme des Schiedspruchs auf. Zum Schlusse darauf hinweisend, daß der Tarifauschub bereits im September wieder zusammentrete, appellierte er an die Kollegenchaft, mit klarem Kopf an die Abstimmung zu gehen. In der nun folgenden Aussprache gingen die Meinungen stark auseinander. Kollege Köhl meinte, für die Opposition bedeute die Gauvorsitzerkonferenz eine glatte Niederlage. Er bezeichnete das Resultat des Schiedspruchs als ein Pamphlet und erging sich in scharfer Kritik darüber. Die alte Kollegenchaft müsse nun endlich das Feld räumen. Sie sei zum Führen nicht mehr fähig und stehe auf dem Aussterbeort. Der Jugend gehöre das Feld. Kollege Heyer hieb in dieselbe Kerbe. Obwohl er zugeben mußte, daß die Gehilfensvertreter das menschenmöglichste getan hätten, um bei allen Verhandlungen das herauszubolen, was eben herauszubolen war, bezeichnete er doch den Schiedspruch als eine glatte Verböschung der Gehilfenschaft. „Wußt er wünschst“, daß die älteren Kollegen wegen Altersschwäche zu Ruhe geben möchten. Beide Redner forderten ein lokales Vorgehen und letzterer legte einen entsprechenden Antrag vor. Als weitere Redner beteiligten sich noch an der Aussprache die Kollegen Schmidt, Witten und Selbholz. Letzterer geriefte zuerst die Ausführungen des Kollegen Köhl in bezug auf den „Storr.“. Derselben rüdten weit von der Wahrheit ab und seien nur darauf berechnet, Eindruck zu schinden. Redner meinte fobann, man solle den Schiedspruch als das würdigen, was augenblicklich zu erreichen möglich war. Man müsse berücksichtigen, welche Situation entstanden wäre, wenn das vorliegende Resultat nicht erzielt worden wäre. Auf die Folgen eines lokalen Kampfes hinweisend, rief er die Kollegenchaft auf zur Geschlossenheit, unter Zurückstellung aller politischen Streitereien, die nur die Kräfte der Gewerkschaftsbewegung zu verschlingen drohten. Ein inzwischen eingebrachter Schlußantrag gelangte nach zweimaliger Abstimmung zur Annahme. Trotzdem beide Mal einwandfrei festgestellt war, selbst von Anhängern der Opposition, daß für die Annahme des Antrags die Mehrheit vorhanden war, entstand stürmische Anruhe, infolge der Anwesenheit der Abstimmung. Kollege Hesselbarth machte darauf in seinem Schlußwort noch einige Nachstellungen und hierte in der Aussprache entstandene Widersprüche auf. Sodann wurde der von den Kollegen Heyer und v. d. A. eingebrachte Antrag zur Abstimmung und Annahme gebracht, der folgenden Wortlaut hatte: „Die Versammlung fordert die Durchführung des am 13. Juli 1921 angenommenen Antrags. Der Gauvorstand hat unzerzögert mit der Leipziger Prinzipalfälle bezüglich der gestellten Forderungen Verhandlungen einzuleiten. Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist sofort der Gehilfenschaft zu unterbreiten, die hierüber zu entscheiden hat.“ Unter „Verständigen“ kamen noch einige Angelegenheiten zur Sprache. Ein eingebrachter Antrag des Kollegen Paul Werline mußte, da von den mehr als 2000 Teilnehmern bereits drei Viertel den Saal schon verlassen hatten, zurückgestellt werden. Damit hatte die teilweise sehr stürmisch verlaufene Versammlung ihr Ende erreicht.

Leipzig. Die Gaumitgliederversammlung am 5. August im „Bergidyll“ fand im Zeichen einer folgenschweren Entscheidung. Sie wurde vom Kollegen Hesselbarth geleitet. Die Tagesordnung wies den Bericht über die örtlichen Verhandlungen und Stellungnahme hierzu auf. Den Bericht erstattete Kollege Stürz. Dieser begann seine Ausführungen mit der Verlesung einer Entschließung Witten-Witz, die die Verammlung der Vertrauensleute und Betriebsvertretungen, die sich am 3. August eingehend mit dieser Angelegenheit schon befaßt, mit

Mehrheit angenommen hatte. Ebenso verlor er die Schreiben der Prinzipalorganisation, die ein Verhandeln mit der Gehilfenvertretung ablehnte, und kam sodann zu der Frage: Was nun? Scharf beleuchtete er die Folgen einer Urabstimmung nach zwei Seiten. Vor allem streifte er noch die finanzielle Seite einer lokalen Bewegung und kam zu dem Ergebnisse, daß die zentralen Abmachungen als geltend anerkannt werden müßten, und erst die Kollegenchaft, ihr Urteil dahin abzugeben, wie es in der Vertrauensmännerführung gesehehe sei. Eine reichliche und ergiebige Aussprache schloß sich diesen Ausführungen an. Im Sinne der Entschließung Willen-Gläs sprachen die Kollegen Willen, Gläs, Lochmann, Kermer und Hesselbarth. Alle diese Redner schilderten eingehend die Folgen der Urabstimmung. Es erübrigt sich, auf die Ausführungen der einzelnen Redner näher einzugehen. Alle waren sie getragen von dem Gedanken, der Kollegenchaft die entstandene kritische Lage vor Augen zu führen, und alle Auslassungen gipfelten darin, daß wir als Zentralorganitation uns auch den zentralen Abmachungen fügen müßten. Die Kollegen v. d. Pla und Braun legten sich für Durchführung der Urabstimmung ein Zeug. Sie könnten keinen Schaden darin erblicken. Ein Schlussantrag kürzte die von ungefähr 2000 Kollegen besuchte Versammlung ab. Die Abstimmung über die Entschließung Willen-Gläs ergab deren Annahme mit überstarker Mehrheit der Anwesenden. Die Entschließung lautet: „Die heutige Vertrauensmänner- und Funktionärführung empfiehlt der Leipziger Kollegenchaft, den Aufruf des Verbandsvorstandes zur Rücksichtnahme zu nehmen und im Hinblick auf untre zentrale Geschlossenheit von einem dringlichen Vorgehen zur Zeit abzusehen. Wir fordern aber vom Verbandsvorstand und der dringlichen Gehilfenleitung, unsere dringlichen Interessen bei den zentralen Abmachungen mit Nachdruck zu vertreten.“

München. Am 10. August konnte der Kollege Karl Söding auf eine 50jährige Tätigkeit als Buchdrucker zurückblicken. In München 1858 geboren, lernte er in der Pöfienbacherischen Buchdruckerei in München, arbeitete später in Dresden, Saarburg, Strahburg, Karlsruhe und Frankfurt, bereifte auf der Wanderchaft Österreich und die Schweiz und ist seit mehr als 30 Jahren als Seher in der Buchdruckerei G. Birck & Co. („Münchener Post“) tätig. Seine Berufskollegen und die Firma erließen ihm an seinem Ehrentage mit Geschenken und Glückwünschen.

Pöbnech. In tre Versammlung am 29. Juli beschloß nach Ausführungen des Gewerkschaftsgenossen Borchert vom hiesigen Gewerkschaftsamtteil bei einigen Stimmabstimmungen für den geplanten Umbau des Galbanles „Sum Löwen“ in ein Gewerkschaftshaus (Kosten über eine Million Mark) einen Lokalbeitrag von wöchentlich mindestens 50 Pf. solange zu erheben, bis jedes Gewerkschaftsmittglied 100 Mk. für den Bau des Gewerkschaftshauses gesammelt hat. Bei der Verhandlung des Antrages wurde ein „Hilfskorrektur“ wurde nach ausgedehnter Aussprache gegen acht Stimmen ein Antrag Schödel angenommen, der zum Ausdruck bringt, daß in Zukunft nichtgelernte Buchdrucker in untern Verband nicht aufgenommen werden sollen. Das Ulnahmegesuch des Hilfskorrektors selbst wurde dem Gauvorstand zur Entscheidung weitergegeben. Der Vorstand gab nun nach dem „Korr.“ das Ergebnis der Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium bekannt. Nach kurzer Debatte standen zwei Resolutionen zur Abstimmung. Die des Kollegen Schödel wurde mit 56 gegen 2 Stimmen angenommen. Sie lautet: „Infolge der sich bereits bemerkbar machenden Steigerung der Preise für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel sowie hauptsächlich die mit Bestimmtheit im Monat August einsetzende rasche Steigerung aller Lebensbedürfnisse veranlaßt die heute, am 29. Juli, verammelte Kollegenchaft Pöbnech zu der letzten Feuerungsulage in Form einer Wirtschaftsbhilfe Stellung zu nehmen, und erklärt die Pöbnecher Kollegenchaft in dieser äußerst minimalen Zulage eine direkte Verböbhnung ihrer Berufs- und Gewerkschaftsinteressen. Die Kollegen Pöbnech glauben hiermit feststellen zu müssen, daß untre Gehilfenvertreter bei der Wahrung untrer Interessen entweder nicht willens oder aber nicht fähig sind, mit der bei Lohnforderungen notwendigen Energie und Kraft gegenüber den Unternehmern zu handeln. Die Pöbnecher Kollegen fordern daher von ihren Vertretern, daß diese in Zukunft bei Lohnverhandlungen mit den Unternehmern unsere Organitation auf den Boden des Klassenkampfes einstellen, indem wir die Klassenharmonie verwerfen, wenn nicht andernfalls in Zukunft durch selbständigen Handel der Ortsvereine die gewerkschaftliche Disziplin gestört werden soll, oder aber Männern untre Vertretung zu überlassen, die entschlossen sind, mit allem Nachdruck und aller Schärfe untre berechtigten Forderungen zum Durchbruch zu verhelfen, bis wir die vollständige wirtschaftliche und politische Freiheit vom Schoße des Kapitalismus erlangen haben.“ Unter „Verhiebenen“ wurde gegen den Verammlungsbericht in Nr. 84 protestiert. (Anmerkung der Redaktion: Vorstehendem Bericht gegenüber beschränken wir uns lediglich auf die Feststellung, daß der als jüngerlich, rückständig und indifferenzverwandtschaftlich zu beurteilende Antrag, wonach „nicht gelernte Buchdrucker“ in Zukunft in untern Verband nicht mehr aufgenommen werden sollen, ferner die Resolution mit ihren hahnhebenden Verdächtigungen der Gehilfenvertreter auf der Grundlage unentworfener Klassenkampfes usw. von einem und demselben Antragsteller stammen.)

Saalfeld a. d. S. In einer außerordentlichen Versammlung am 1. August nahm unser Ortsverein Stellung zu den neusten finanziellen Abmachungen. Nach einigen erläuternden Ausführungen des Vorsitzenden über die Wirkungen des neuen Abkommens und einem Hin-

weis auf die Schwierigkeiten der Verhandlungen mit den Unternehmern, die sich von ein paar Scharfmachern freilassen, wurden in der Diskussion die Abmachungen scharf kritisiert. Allgemein kam der Unwille der Kollegen über das geringe Entgegenkommen der Unternehmer zur Geltung. Auch mit den Gehilfenvertretern im Tarifauschuss und den Gauvorleitern wurde scharf ins Gericht gegangen. Die Schreibweise des „Korr.“ vor und nach den Verhandlungen fand ebenfalls den Beifall vieler Kollegen nicht und wurde damit gebroht, einen Antrag auf Aufhebung des „Korr.“-Obligatoriums zu stellen. Dem widersprach aber der Vorstand, der betonte, daß es notwendig sei, den „Korr.“ recht aufmerksam zu lesen, damit die Kollegen mit den Vorgängen in untern Gewerbe besser vertraut würden, als dies jetzt manchmal leider der Fall sei. Ein Antrag, mit den Prinzipalen zu verhandeln zwecks Erhöhung der Feuerungsulage, wurde einstimmig angenommen und der Vorstand beauftragt, die nötigen Schritte in die Wege zu leiten. Gewünscht wurde noch, daß vor den nächsten Verhandlungen über Erhöhung der Feuerungsulage eine Bezirksversammlung des Bezirks Sosa stattfinden solle, mit unserm Gauvorsteher als Referenten.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Zur Situation. Auch in Erfurt hat sich inzwischen die Kollegenchaft auf den Boden der zentralen Vereinbarungen gestellt, und damit trotz der Not der Zeit der so notwendigen gewerkschaftlichen Disziplin zur Anerkennung verholfen. Dagegen sind in Mainz und Worms infolge des resultatlosen Verlaufes einer Kreisamtsfestung die Kollegen am 8. August in den Streik getreten. Nach einem kurzen Berichte der „Leipziger Volkszeitung“ handelt es sich um die Forderung einer wöchentlichen Bezahlungszulage von 44 Mk., unabhängig von den durch das zentrale Abkommen vom 25. Juli für die Monate August und September festgelegten Sätzen der Wirtschaftsbhilfen. Wiesbaden dürfte sich inzwischen, soweit wir unterrichtet sind, aus gleichen Gründen dem Vorgehen der genannten beiden Städte ebenfalls angeschlossen haben. — In Köln hat sich die Situation bis Abschluß dieser Nummer noch nicht verändert; doch scheinen in den letzten Tagen beiderseitig zentrale Verhandlungen angestrebt zu werden. Die sogenannte Einheitszeitung unter dem Titel „Nachrichtenblatt der Köliner Zeitungen“ verzapft in ihrer Nr. 5 vom 30. Juli über den Kampf im Köliner Druckgewerbe allerhand moralische Merkwürdigkeiten, weil ihr verantwortlicher Redakteur von angeblichen Streikposten mißhandelt worden sein soll. Sollte dies tatsächlich der Fall gewesen sein, so würden wir ein solches Vorkommnis bedauern, weil es kein Bemerkenswertes und gleichwohl Kampfesführung wäre. Aber ein solches Vorkommnis der gesamten zuständigen Gehilfenchaft Kölns an die Redaktionsbüros zu hängen zu wollen und auf der andern Seite den betreffenden Redakteur als Märtyrer der Gehilfenarbeit hinstellen zu wollen, das dürfte selbst einem hoffentlich großen Teile der letzteren als etwas zurecht moralische Überhebung dünken. Wenn die Einheitszeitung von Angehörigen der Buchdruckerbetriebe hergestell wird, so schaltet infolgedessen der Begriff eines Verstoßes gegen die Arbeiterrechte aus, weil dabei nur die „Unternehmerere“ zu Marke getragen wird. Wenn aber ein Angestellter seine Dienste ostentativ gegen die Streikenden dem Unternehmer zur Verfügung stellt, so steht das auch mit der Ehre der Gehilfenarbeit im Widerspruch und verdient alles andere als Hochachtung. Mit dem Begriff Arbeiterrechte steht ein solches Verhalten keinesfalls im Einklange. Wenn schon von Seitenlosetum im Stille der Köliner Einheitszeitung die Rede sein soll, dann kann es sich doch für den betreffenden Herrn nur darum handeln, ob er sich als „Selbst“ des Unternehmertums oder der streikenden Arbeiterschaft fühlen will. Wir halten das eine wie das andere für geschmacklos. Der Begriff Arbeiterrechte steht viel höher. Wenn Zeitungsunternehmer das Bedürfnis haben, im Interesse ihres Geldbeutels eine Einheitszeitung herauszugeben, so mögen sie wohl oder übel alles, was damit an geistiger wie technischer Arbeitsleistung zusammenhängt, selbst tun; ein Angestellter kann aber weder moralisch noch materiell verpflichtet werden, seine Arbeiterrechte mit Füßen zu treten, wenn er das nicht will! — In Essen, Eberfeld und Wermeln versucht eine oppositionelle Strömung die Basis für ein allgemeines Vorgehen im ganzen Industriegebiete zu gewinnen. Dies soll zunächst durch die sofortige Einberufung von Orts- und Bezirksversammlungen erreicht werden. Erfolgreiche Lohnbewegungen in anderen Berufsgruppen des Industriegebietes bilden wirtschaftlich begriffliche Anreize zu solchen Sonderbewegungen, die untre Erachtens nur durch schnelles Zusammenrücken des Kreisamts und einer entsprechenden Beschlußfassung ausfallen werden könnten. In Koblenz hat die Gehilfenchaft noch in letzter Stunde sofortige Arbeitseinstellung trotz vorläufig ergebnisloser Verhandlungen auf dem Wege der Abstimmung abgelehnt.

Zarftamtsliche Stellendermittlung. Ein aus der Provinz Posen ausgewandener Faktor (Vater von sechs Kindern), der aber auch eine andere Stellung annehmen würde, sucht baldigt ein Unterkommen in deutscher Druckerei. Stellenangebote werden baldigt an das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker in Berlin SW 48, Friedrichstraße 239, erbeten.

Internationaler Verständigung der Papierindustriellen. Eine internationale Zusammenkunft von Vertretern der Zeitungspapierindustrie der Welt fand bekanntlich am 31. März und 1. April in Stopenhagen statt. Nach

eingehender Erörterung der Frage bezüglich gleichlautender Verträge bei Zeitungspapierverkauf und des vertraglichen Papiergewichts auf ein Quadratmeter beschloß man, jedes Land solle einem dazu ausersehenen Sekretär die jetzt gebräuchlichen Verträge einbinden und nach entsprechender Wahl seine Vorschläge nach Vorwegen weitergeben, wodurch es möglich würde, zu entscheiden, ob ein Abkommen über gemeinsame Verträge möglich ist. Über einen gegenseitigen Austausch statistischer Angaben betreffs Erzeugung, Verkauf, Verschiffung und Lager wurde man in der Hauptsache einig und erörterte zuletzt die Preispolitik. — Auf dieser Tagung wurde auch festgestellt, daß die Weiterzeugung an Zeitungspapier ungefähr beträgt: Vereinigte Staaten 1500, Kanada 900, Deutschland 530, England 300, Schweden 185, Frankreich 150, Norwegen 110, Finnland 100, Japan 75, Tschechoslowakei und Österreich 40, Baltikum und Rußland 10, nicht namentlich aufgeführte Länder Europas 150 und außereuropäische 40000 t, zusammen 4,09 Millionen Tonnen.

Gebrauchsgraphik auf der Leipziger Messe. Der Bund deutscher Gebrauchsgraphiker (2000 Mitglieder) wird sich an der während der nächsten Herbstmesse im Leipziger Neuen Rathaus stattfindenden fünften Ausstellung der Entwürfs- und Modellmesse beteiligen. Durch diese Ausstellung kann wohl ein geschlossener Überblick über den gegenwärtigen Stand des Reklames und Propagandawesens gewonnen werden.

Hilfe für Rußland. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes fordert in einem Aufrufe die freigewerkschaftliche Arbeiterschaft zur Minderung der russischen Hungersnot auf. Er appelliert an das selbstverständlich vorhandene Mitgefühl für die russischen Arbeitskräfte, die sich auch gegen die deutschen Gewerkschaften richtete. Mit entsprechenden Geldmitteln gegen die Hungersnot sei aber eine Solidaritätskundgebung für die russischen Arbeiter in der gegenwärtigen Zeit nicht gut möglich; und erst recht könnte dafür keine Lebensmittel eingesetzt werden, da wir uns selbst einschränken müßten. Deutschland aber müsse und würde helfen gegen die Cholera und andre Seuchen, die in Rußland wüten. Und an dieser Hilfeleistung sollten sich auch die Arbeiter Deutschlands beteiligen, soweit es ihre Kräfte erlauben. In Berlin hat sich ein Hilfskomitee gebildet, in dem auch der Vorstand des ADGB durch Kollegen Graumann vertreten ist. — Eine Konferenz der Amsterdamer Internationale wird sich in Berlin am 13. August in den Räumen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mit der durch die Hungersnot in Rußland geschaffenen Lage befassen. — Die Preisfestsetzung bei der Verteilung der Sowjetregierung in Berlin teilt öffentlich mit, daß in Rußland selbst folgende Abwehrmaßnahmen getroffen wurden: Das notwendige Saat Korn für die noleidenden Gebiete wird sichergestellt. Die Gewerkschaften und das Militär veranlassen Abzüge vom Gehalt und Lohn und spenden besondere Beiträge und Naturalien für die Noleidenden; auch werden Theaterveranstaltungen zu deren Gunsten veranstaltet. In einem bessergestellten Bezirke werden Kinderheime für 5000 Kinder und in allen Provinzen lokale Hilfskommissionen errichtet. Gerichte von einer neuen Revolution, vom Wechsel in der Regierung, ebenso Berichte über helle Aufrührer, über Aufrührer und blutige Zusammenstöße zwischen Soldatisten und Hungernden werden energisch demontiert. Ebenso wird es als ein sinnloses Gerübe bezeichnet, daß Millionen Hungernde sich auf Moskau zu bewegen und daß sich die Truppenelite, die gegen sie entsandt worden wären, ihnen angeschlossen hätten.

Deutsch-chinesischer Kulturverband. In Peking ist, wie die „Sozialkulturkorrespondenz“ mitteilt, der Grund gelegt worden zu einem deutsch-chinesischen Kulturverbande, der privatim eine Zentrale für den Austausch deutscher und chinesischer Kulturinteressen und Kulturwerte im weitesten Sinne werden soll unter Ausschluß jeglicher Politik. Seine praktische Tätigkeit ist zunächst eine mehr vorbereitende, sammelnde und vermittelnde, daher wird ein regelmäßiger Beitrag nicht erhoben.

Neuregelung der Entlohnung der Arbeiterangehörigen. Da die bisherigen Richtlinien des Vereines Arbeiterpresse über die Gehälter der Angestellten in der modernen Arbeiterbewegung in keiner Weise mehr den gegenwärtigen Feuerungsverhältnissen entsprechen, hat der Vorstand des genannten Vereines in letzter Zeit neue Richtlinien ausgearbeitet und sie zunächst den Vorständen der drei sozialistischen Hauptparteien Deutschlands (SPD, USPD, und VPD) zur Stellungnahme zugesandt. Die Richtlinien sind auf der Grundlage der Lokalausgleichsstellung des Deutschen Buchdruckerarbeits in vier Feuerungsklassen gestaltet. Die Gehälter dieser Richtlinien sollen Mindestgehälter sein, die für Neuanstellungen und Durchschnittsarbeitnehmer nicht unterschritten werden dürfen. Für die qualifizierten und selbständigen, auch leitenden Kräfte werden besondere Gehaltsätze nicht normiert, weil deren Bezahlung natürlicherweise immer entsprechend höher sein wird als die der neuereinstellenden und Durchschnittskräfte. „Es handelt sich darum“, so heißt es in dem Begleitschreiben des genannten Vereines an die Hauptvorstände der Arbeiterparteien, „ein Minimumeinkommen festzusetzen, das auch den Schwächsten vor drückender wirtschaftlicher Not schützt. . . Die Einstellungsgehälter der Gewerkschaften bewegen sich durchweg zwischen 1600 und 1800 Mark monatlich.“ (Für die von der Nürnberger Generalversammlung untre Verbandes beschlossene Gehaltsregelung der Verbandsangehörigen trifft dies jedoch nicht zu. Denn nach dieser beträgt das Höchstgehalt etwa 1840 Mark monatlich in der höchsten Gehaltsstufe; dagegen trifft es zu, daß fast alle andern Gewerkschaften, und

